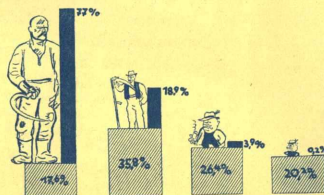


Wer hat den landwirtschaftlich genutzten Boden in Deutschland in Händen?

Diese Frage muß bei der Prüfung, wem alle Maßnahmen der Regierungen zugute kommen, in erster Linie beantwortet werden.



Größenklasse	Zahl der Betriebe	in %	landw. Nutzfläche in ha	in %
Berg- und Kleinbetriebe unter 2 Hektar	3 046 203	59,5	1 588 330	6,2
2 bis 5 Hektar	894 454	17,5	2 924 086	11,4
Mittelbauernbetriebe 5 bis 20 Hektar	956 155	18,9	9 168 434	38,8
Großbauernbetriebe 20 bis 100 Hektar	199 825	3,9	6 768 629	26,4
Großbetriebe über 100 Hektar	18 669	0,2	5 159 241	20,2
insgesamt	5 118 406	100	25 698 660	100

Danach haben also 77 Prozent aller Betriebsinhaber unter 20 Morgen Land und insgesamt nur 17,6 Prozent des gesamten landwirtschaftlich genutzten Bodens!

Die mittelbäuerlichen Betriebe zwischen 20 und 80 Morgen Land machen 18,9 Prozent aller Betriebe aus und verfügen über 35,8 Prozent des Bodens (Durchschnittsgröße eines mittelbäuerlichen Betriebes 9 1/2 Hektar).

Die Großbauern und Großgrundbesitzerbetriebe aber verfügen, obwohl sie nur 4,1 Prozent aller Betriebe ausmachen, über 46,6 Prozent allen landwirtschaftlich genutzten Bodens in Deutschland!

Diese Tatsachen dürfen nie vergessen werden, wenn man wissen will, wem die Agrarpolitik der Hinzenburg-Brüning-Schiele-Regierung und der „Grünen Front“ zugute kommt. (Siehe 3. Umschlagseite!)

Wer hilft dem Landvolk?

Herausgegeben vom
Reichs-Bauernbund
 Berlin W 50, Postauer Str. 37 Ghs. 1 Tr.

*

Inhalt:

1. Zeit:

1. Die Bauernschaft wird seit Frühjahr 1929 ununterbrochen durch „Notprogramme“ gequält.
2. Warum helfen alle diese Maßnahmen und Notprogramme nichts?
3. Was ist in der Meiereibauung vom 1. Dezember 1929 insbesondere „vergeben“?
4. Woher kommt das Mangelnied in Sicht und Laub?
5. Gibt es keinen Ausweg?
6. Ist es möglich, diesen Ausweg zu gehen?

2. Zeit:

Brüning-Schiele-Dietrich gegen die wertaktigen Bauern!

(Kaufpreise anderer Kaufvertragskündigungen. Was in der 183. Umschlagseite)

1. Da gibt keine gleiche Not der Großgrundbesitzer, der wertaktigen Bauern und Landarbeiter!
2. Der Reichs-Bauernbund protestiert gegen das Agrarprogramm Brüning-Schiele.
3. Stille Kredite für den Großgrundbesitz — Zuschüsse für die Kleinbauern!
4. Die ungerechte Steuerverteilung.
5. Wem nützt das Reichsamtliche und das Landbesitzamtliche?
6. Nach den Geschäftsverträgen im kapitalistischen Staat wird sich gegen die wertaktigen Bauern aus.
7. Die landwirtschaftlichen Maßnahmen erhöhen die Kosten der Großgrundbesitzer.
8. Nur die legislative Umgestaltung der Bauernschaft bringt den wertaktigen Bauern und Landarbeitern den Ausweg aus der Agrarkrise.
9. Nur der Kampfhandels der wertaktigen Bauern und Arbeiter führt uns zum Sieg!



Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

Wer hilft dem Landvolk?

Die Landwirtschaft wird seit Frühjahr 1928 ununterbrochen durch „Notprogramme“ gerettet

Im Frühjahr 1928 legte der Landwirtschaftsminister Schiele dem Reichstag sein „Notprogramm für die Landwirtschaft“ vor. Dieser nahm es vor dem Auseinandergehen auf an. Umfangreiche Mittel wurden genehmigt. Die Regierungsparteien konnten in den Wahlkampf ziehen mit dem Slogan: „Wir haben der Landwirtschaft geholfen, und wir werden ihr weiter helfen.“

Der im Mai 1928 neugewählte Reichstag brachte Herrn Dietrich-Dachau in die Stelle des Ministers Schiele. Nachdem ein Jahr der Regierung Hermann Müller vorüber war, hat dieser neue Landwirtschaftsminister ein kleines selbstgefälliges Bescheiden veröffentlicht: „Ein Jahr Agrarpolitik“, in dem er auseinandersetzt, daß noch nie zuvor eine Regierung solche außerordentlichen Maßnahmen für die Landwirtschaft durchgesetzt hätte, wie gerade die Regierung Hermann Müller-Dietrich. Wer hätte es sich träumen lassen, meint der Minister, daß wir jemals im deutschen Reichstag solche außerordentlichen Hilfe durchsetzen würden? Wer hätte sich träumen lassen, daß wir solche Mittel zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft bewilligt bekommen? Wer hätte je daran gedacht, daß wir die Selbstverschönerung fast ganz unterbinden könnten? Und als gar noch ein weiteres Jahr ins Land gegangen war und die Notmaßnahmen für die Landwirtschaft sich nur so überschlugen — ohne den Notleidenden dabei aber wirklich Hilfe zu bringen —, da legte am 20. März 1930 die Müller-Regierung erneut ein großes Rettungsprogramm für die Landwirtschaft vor. Neue Roggenzölle, Anlauf von Roggen durch die Regierung, Verkauf des Roggen in die nördlichen Provinzen, neue Zölle für Weizen, Hafer, Gerste, Kleie und in Moskau für die Bewässerung von Kasak. Diese ganzen gesetzlichen Bestimmungen wurden als Einlagevertrag unter der Lebensfrist „Zum Schutze der Landwirtschaft“ zu einer Abänderung der Benzin-Zölle eingebracht — so eilig hatte man es wieder einmal, die Landwirtschaft zu retten! Aber gar nicht lange dauerte es, da vermachend Hermann Müller, Herr Dietrich übernahm das Finanzministerium, und Herr Schiele, der Landwirtschaftsminister, die Tätigkeit Herrn Dietrich in den Schichten zu ihm. Wieder wurde ein „Gesetz zum Schutze der Landwirtschaft“ am 10. April 1930 eingebracht, von Woche zu Woche die Hilfe auf Weizen, Gerste, Hafer und Roggen erhöht, Millionen für das Stillehalten bewilligt, das Brotgetreide, das Reichsbrotgetreide, das Gesetz über den Vermarktungszwang von ausländischem Weizen durchgesetzigt. Ein Donbelstreich wurde heraufbeschworen mit Finnland, Dänemark und Holland, der finnischdeutsche Handelsvertrag abgeändert. Als neueste Maßnahme finden wir jetzt in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 — also in den Diktatorerordnungen der Regierung Brüning-Dietrich-Schiele einen umfangreichen Beschmitt, der wiederum die Lebensfrist trägt: „Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft“.

Man sollte doch eigentlich glauben, daß diese ununterbrochenen Maßnahmen, Gesetze, Notverordnungen und Notprogramme die Landwirtschaft endlich gerettet hätten. Man sollte doch glauben, daß die Hunderte von Millionen, die die erste Milliarde schon längst überfließen haben, doch

nun endlich die verhasste und so sehr benötigte Rettung hätten bringen müssen. Nichts ist von dem der Fall.

Warum helfen alle diese Maßnahmen und Notprogramme nichts?

Alle „Netter“ und „Gaffer“ der Landwirtschaft behaupten stets, es gäbe ein gleiches Interesse in der Landwirtschaft, es gäbe eine einheitliche „Grüne Front“. Sie überlegen, daß drei Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland unter 20 Morgen Land haben, und sie verschweigen, daß für die Marktbelieferung mit Getreide in großen Maßstäben nur Großbauern und Großgrundbesitzer in Frage kommen, die nur ein aus schließliches Interesse für die überwindende Märkte aller Maßnahmen getroffen. Aus den weiter unten abgedruckten Ausführungen unseres Vorstandsmitgliedes Landwirt Bug geht das im einzelnen klar hervor. Auch die neuesten Maßnahmen der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 liegen alle in der gleichen Richtung der früheren Maßnahmen, die auf eine Erhöhung der den Markt beliefernden Großbauern und Großgrundbesitzer hinauslaufen. Da sind zunächst die Bestimmungen des Brotgetreides vom 17. Juli 1930, die Bestimmungen entgegen, nach denen man glaubt, den Verbrauch von Roggen steigern zu können und in denen man gleichzeitig den Gütern im Kartoffelbaugebiet einen Absatz für Kartoffelstärke künstlich schaffen will. Wie das im einzelnen gemacht werden soll, kann hier ausführlich nicht dargestellt werden. Wir verweisen nur darauf, daß diese Maßnahmen sich außerordentlich nähern der Zwangslandwirtschaft im Krieg, gegen die sich die Masse der wertvollen Bauernschaft jahrelang verzweifelt gewehrt hatte, weil sie sich stets zu ihren Ungunsten auswirkten. Bei den Zollmaßnahmen der Notverordnungen handelt es sich um eine außerordentlich weitere Verschärfung aller Zollerückstände, insbesondere der Gerste, der Hirse und der Kleie. Die erzwungene Verwendungs inländischer tierischer Fette bei der Margarineherstellung wird dazu führen, daß der Preis für Margarine erneut ansteigt. Das bedeutet aber bei nahezu 4 Millionen Erwerbslosen und bei dem gemalenen Abbau der Röhre die Verschärfung der Lebenshaltung der Bevölkerung und somit eine Verringering der Kaufkraft der Bevölkerung und somit eine Verringering der Absatzmöglichkeiten auch für diese Produkte. Doch sind die Vorarbeiten zur Verlegung der Zollerückstände für deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse gegen die Masse der Kleinlandwirte auswirken werden, brauchen wir nicht besonders zu betonen. Bereits bei der Durchführung des Reichsbrotgesetzes zeigte es sich deutlich, daß unsere Voraussetzungen erfüllt hat, daß die Masse der Klein- und Mitterbauern die Mittel aufbringen muß, um für die Güter die Voraussetzungen zu schaffen zum Lohnenden Maßstab ihrer Volkswirtschaft. Es zeigt sich dabei bereits, daß die Ausführungen in großherberlichen und in Gutsbetrieben bedeutend erleichtert werden, um von den neuen Vorteilen auszunutzen zu profitieren. Ebenso wird der Zusammenbruch der Zuckerfabriken den Millionen der Kleinbauern und Mitterbauern den Zucker weiter vertieren, der heute auf der ganzen Welt nur den vierien, höchstens den dritten Teil kostet wie bei uns in Deutschland.

Diese neuesten Maßnahmen zum „Schutze der Landwirtschaft“ sind also in ihrer Gesamtheit genau so gegen die Masse der Zergewerke und Kleinbetriebe und den größten Teil der Mittelbetriebe gerichtet, wie die früheren Notgesetze, gegen die wir auf unserer Generalsammlung

am 27. März 1930 und in dem Schreiben an den Reichszentralrat Dr. Brüning und den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, am 28. Mai 1930 unseren Protest erhoben haben. *

Was ist in der Notverordnung insbesondere „vergesen“?

Wenn man schon der Masse der wertfälligen Bauern hätte helfen wollen, so hätte man insbesondere nicht vergessen dürfen, gesetzliche Bestimmungen gegen die Auswanderung der Bauern durch die wucherischen Zinsen zu treffen. Aber der Staat stützt nicht nur die Bankiers, sondern plündert genau wie diese die wertfälligen Bauern aus. Die billigen Millionenkredite aber gibt er den Junkern und Großbauern, die ihm „bedeutend“ erscheinenden Mitsitz in der Notverordnung enthalten gegen die wucherischen Kreditgeber. Die Söhne der Kleinbauern finden keine Arbeit mehr in der Industrie und die Nachfrage nach Land ist in den dichtbesiedelten Gebieten vielfach noch größer wie je. Die Folge davon ist, daß trotz der niedrigen Preise für landwirtschaftliche Produkte die Kreditpreise immer noch bedeutend über den Marktpreis liegen. Es braucht nur auf den Kampf der Pflanzfelderpächter von Berlin hingewiesen zu werden, um zu beweisen, wie der Kreditgeber die landarmen Bauern ausplündert. Daß die Notverordnung nichts gegen den wucherischen Zwischenhandel unternimmt, ist ja nach dem völligen Zusammenbruch des Preisabwärtswindels gar nicht zu erwarten gewesen. Die Regierung hat den Joren der Bevölkerung auf die Kleinbauern ablenken wollen, die unter den hohen Steuern, Standgebühren in den Marktplätzen, hohen Mieten für ihre Höfen und dem geringen Absatz bei der mangelnden Kaufkraft der häßlichen Bevölkerung sowieso schon in Massen bankrott worden. Es ist auch selbstverständlich, daß diese Regierung des Saften und Reichen nichts gegen die wucherischen Industriepreise unternimmt, die dem Bauern die Reparaturstoffe für seine Wirtschaft und für seine Hauswirtschaft in einer solchen Höhe diktieren, daß Dinstunden verteilt werden können in einem Umfange, der es ermöglicht, Milliarden von Goldmark in das Ausland zu verschleppen. Nicht zuletzt soll daran erinnert werden, daß nach gemessenen Eisenereleistungen der Notverordnung mit der allergrößten Vorsicht zu betrachten sind. Wenn auch eine Reihe von Reichsteuern ermäßigt werden, so werden durch die Notverordnung Ländern und Gemeinden neue Lasten auferlegt, die diese über kurz oder lang zwingen werden, die Kommunalsteuern zu erhöhen.

Woher kommt das Massenelend in Stadt und Land?

Die Nationalsozialisten sagen, die Not käme von den Zahlungen aus dem Youngplan. Gewiß sind die Zahlungen aus dem Youngplan eine durch nichts gerechtfertigte, verwerfliche Ausplünderung der wertfälligen Massen des deutschen Volkes. Dabei zwei Milliarden müssen in diesem Jahre an die verschiedenen ausländischen Staaten abgeführt werden. Aber weit größer ist die Ausplünderung durch die inländischen Finanzmächte. Hat es doch der Reichsfinanzminister Dietrich selbst zugeben müssen, daß in den letzten 2-3 Jahren nahezu 8 Mill-

* Siehe Seite 8-10!

liarden Goldmark von Deutschland ins Ausland verschoben wurden. Aber hat diese Milliarden, die ein Vielfaches der Reparationszahlungen sind, den Wertfälligen in Deutschland geflossen? Gewiß nur die lächerlichen Bankiers, die die Nationalsozialisten behaupten? Keineswegs! Neben Levi, Wendelsohn und Coßn finden sich hier in trauriger Gemeinschaft die allerchristlichsten und nationalgesinntesten Großindustriellen Röhder, Toppfen, Bögeler, nicht zu vergessen die Großindustriellen und Silber-Freunde von Kirdorf und von Krehberg.

Das kapitalistische System, dem ja auch Herr Hitler begeistert zustimmt und zu dessen Schutz er die Braunenbanden auf die Straße führt, räuber und plündert die Wertfälligen aus, es sind keineswegs nur die jüdischen Bankiers und Großhändler.

Neuerdings wird in allen Landtags- und Bauernzeitungen, in den Kreiszeitungen und der sonstigen Presse der Versuch gemacht, die Weltwirtschaftskrise auf die angebliche russische Schieberverhältnisse von Getreide, Eisen, Holz, Nahrung usw. zurückzuführen. Die internationale Bankwelt verneint die Zahlungseinnahme in russischer Währung. Die Sowjets müssen also, um im Ausland Maschinen und sonstige Waren zu verkaufen, die sie zur Durchführung des sozialistischen Aufbaus gebrauchen, Waren ausführen. Die Erlöse eben dieses sozialistischen Aufbaus der Wirtschaft ermöglichen bei dem natürlichen Reichtum der Sowjetunion an Wäldern und neu erschlossenen Landflächen, daß die Sowjets wieder in großem Umfange auf dem Weltmarkt als Verkäufer auftreten. Dabei werden die Preise allerdings nicht nach dem kapitalistischen Prinzip höchster Dividenden für die Aktionäre und der Erzielung von hohen Zantimen und Direktorengehältern kalkuliert. Erprobend nehmen die Sowjets aus sehr verständlichen Gründen den höchstmöglichen Preis, den sie erzielen können. Die Danten also gar nicht daran, ihre Waren zu „verschleubern“. Dabei ist es kein Geheimnis, daß gerade Deutschland eine unerhörte Schieberausfuhr von Zucker, Eisenwaren, Chemikalien, Düngeamitteln usw. betreibt. Warum also diese Dinge und diese neue Verschlebung der Landbevölkerung? Es ist nichts weiter als die folgerichtige Weiterführung der Entleerung der Sowjetunion durch die kapitalistischen Staaten. Von der bloßen Propaganda gegen die Sowjets geht man bei der Verschärfung der Kriegenspannung jetzt über zu aktiven Maßnahmen gegen den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft. Bei der Antidumping-Kampagne wird neben der direkten Schädigung gleichzeitig noch der Versuch gemacht, die Stimmung der Landbevölkerung gegen die Sowjetunion aufzupeitschen, der man die Schuld an den gefallenen Preisen für Agrarprodukte in die Schuhe zu schieben verliucht.

Nach der Überlegung der nationalsozialistischen Vorfahren und nach Aufzeichnung der Hintergründe der Antidumping-Kampagne gegen die Sowjetunion müssen wir uns aber die eigentlichen Ursachen dieses gewaltigen Massenelends genauer ansehen. Dabei kommen wir zu dem Ergebnis, daß es der Fortschritt der Technik ist, der dieses Elend über die Welt gebracht hat. Allerdings nur deswegen, weil dieser Fortschritt benutzt wird, um der kleinen Gruppe der Besitzer der Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen, Bergwerke, Großgrundbesitz) eine ungeheure Steigerung ihres Profites zu ermöglichen.

Während und nach dem Kriege wurden in der ganzen Welt die Industrieanlagen gewaltig ausgebaut. Die Fabriken wurden auf das modernste eingerichtet (nationalisiert). Dadurch war es möglich, mit bedeutend weniger Arbeitern ein Vielfaches der Leistung zu erzielen wie in früheren Jahren. Die Dividenden liegen gewaltig. Die andere

Folge: die Zahl der auf der Straße liegenden Arbeiter, die nicht mehr in den Fabriken gebraucht wurden, stieg noch gewaltiger. Die Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung begann rapid zu sinken. Über 20 Millionen Arbeitslose — ungesichert ihre Familienmitglieder — gibt es heute in der Welt, die nicht mehr in der Lage sind, sich satt zu essen, sich auch nur einigermaßen zu kleiden. Dadurch ist der Weltmarkt in furchtbarer Weise gestört. Auch in der Landwirtschaft hat es auf tausendfachen Gebieten die gewaltigsten Veränderungen gegeben, von denen wir in Deutschland allerdings noch recht wenig gespürt haben. Nicht nur wurden in Kanada, Argentinien und Australien neue gewaltige Flächen, die bisher brach lagen, für landwirtschaftliche Benutzung urbar gemacht, sondern in Sibirien brachte die Erfindung des Traktors (Motorfließer) und des Mähdreschers — in Deutschland noch fast unbekannte Maschinen, die vom Traktor gezogen das Getreide in einer Breite von etwa 3 Metern mähen, es beim Mähen gleich ausdreschen und lockern — eine solche Vermehrung und Beschleunigung der Erzeugung von Körnerfrüchten mit sich, daß die Welt heute überflutet wird von Weizen, Getreide usw., für die wiederum bei der geringen Kaufkraft der Bevölkerung trotz des niedrigeren Preises keine Absatzmöglichkeiten vorhanden ist. Auf den Feldern der Vereinigten Staaten von Nordamerika besorgen rund 1 Million Traktoren, 45 000 Mähdrescher und 800 000 Leichtautomobile Aushäat und Ernte! Massenelend auf der Welt und das Massenelend in Deutschland kommt also daher, daß der gewaltige technische Fortschritt nicht in den Dienst der breiten Masse der Bevölkerung gestellt worden ist, sondern dazu gedient hat, die Profite einiger Weniger zu steigern unter rücksichtsloser Hinabstufung von Millionen Arbeitern und Bauern in die Verelendung und Verzwelgung.

Gibt es keinen Ausweg?

Der Ausweg ist klar und einfach. Den kapitalistischen Herren, und zwar ganz gleichgültig, ob es jüdische Bankiers oder christliche Großindustrielle oder nationalsozialistische jüngererabenteuere Großgrundbesitzer sind, müssen die Fabriken, Bergwerke, Banken und Ländereien genommen und in die Hände des wertigen Volkes gelegt werden. Die Erzeugnisse der Technik müssen zur Herabsetzung der Arbeitszeit sowohl für die Arbeiter, als auch für die Bauern ausgenutzt werden. Dadurch können neue Millionen Arbeiter, die heute ohne Arbeit auf der Straße liegen, wieder Arbeit in den Fabriken erhalten und neue Millionen Kleinbauern und nachgehobene Bauernhöfe können Arbeit und Auskommen auf den gewaltigen Ländereien finden, die heute in Deutschland noch in den Händen einiger weniger Fürken und großer Herren sich befinden. Wir können nicht gegen die Entwicklung der Technik sein, sondern wir müssen sie in den Dienst der Millionenmassen der Bevölkerung in Stadt und Land stellen, zu deren Nutzen, und nicht diejenigen davon profitieren lassen, die eine winzige Minderheit der Bevölkerung darstellen. Wir müssen gleichzeitig die räuberischen und die Völker der Erde ausplündernden Kriegsverträge für ungültig erklären und diese genau wie das Versailles Diktat zerreißen.

Ist es möglich, diesen Ausweg zu gehen?

Ja, es ist durchaus möglich, die kapitalistische Herrschaft zu stürzen, und Bankiers, Industriekräuber und Großgrundbesitzer zu verjagen. 150 Millionen Arbeiter und Bauern haben auf dem sechsten Teil der Erde mit diesem Gefühl ausgeräumt. Sie haben den Oktoberaufstand

1917 durchgeführt und in heldenhaftem Kampfe vom Jahre 1918—1921 die weißgardistischen Dämonen aus dem Gebiet der heiligsten Sowjetunion verjagt. Sie bauen jetzt trotz des Bankrotts der ganzen kapitalistischen Welt, trotz immer neuen und unerhörten Verleumdungen die neue sozialistische Wirklichkeit nach dem Gesichtspunkte auf: Alle Fortschritte und alle Erzeugnisse zur Hebung der Lebenshaltung und der Kultur der Wertigen in Stadt und Land!

Voraussetzung ist, daß wir endlich verstehen lernen, daß nur das enge Kampfbündnis der wertigen Bauern mit der Millionenmasse der Arbeiter, Angehörten, kleinen Gewerbetreibenden und kleinen Beamten den Sieg über die Unterdrücker verbringt. Seit der Gründung hat sich der Reichsbauernbund mit aller Kraft dafür eingesetzt, den Gedanken des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern als wichtigste Voraussetzung des Sieges über unsere Unterdrücker in die Massen der Bauern zu tragen. In vieler erster Stunde, in der die Konterung und der Reichspräsidenten den Schwindel der parlamentarischen Demokratie bei Seite ließen und auf 87 Seiten des Reichsgesetzblattes vom 1. Dezember die Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen, d. h. von Dividenden, Profit und Wucherzinsen, dem Volke diktiert aufzulegen, wendet sich der Vorstand des Reichsbauernbundes mit diesen Ausführungen erneut an die Massen der schwergeprüften Berufscollegen. Setzt alles daran, die Abstufungsänder der Nationalsozialisten zu durchkreuzen, die den Kampf gegen das kapitalistische System abzulenen versuchen, und die, statt den unerlösten Kampf gegen die Diktatur-Herrschung Brüning-Spieles-Dietrich und gegen die Diktatur Hindenburg zu führen, nichts weiter wissen, als zu neuem Kriege zu hehen.

Die revolutionären Arbeiter in den Städten, die sich anschicken, gegen das Diktat der Kapitalisten zu kämpfen, rufen uns zu: Kämpft mit uns! Wir, die wir erkannt haben, daß nur der gemeinsame Kampf aller Wertigen die verbredensfähige Herrschaft der Kapitalisten brechen kann, rufen unseren Berufscollegen zu:

- Hör auf den Ruf der Arbeiter! Schließe feiter das Kampfbündnis der Arbeiter und wertigen Bauern! Steh in die Front aller Wertigen gegen alle Ausbeuter!
- Hinweg mit den Kontervorordnungen der Hindenburg-Brüning-Diktatur! Hinweg mit dem Kapitizismus — das Land der Großgrundbesitzer in die Hände derer, die es bebauen!
- Hinweg mit dem Zinswucher der Banken — Streichung der Schulden!
- Hinweg mit dem Raub der Pfändungen und Verleigerungen!
- Hinweg mit den hohen Abgaben und Steuern!
- Nieder mit Young-Plan, Fajschismus und Krieg!
- Nieder mit dem Wirtschaftsdiktat und der Kriegsgesetze gegen die Sowjetunion!
- Nieder mit jeder feindschäftigen Regierung!
- Kämpfen wir für die Herrschaft aller Wertigen in Stadt und Land, für ein freies sozialistisches Sowjetdeutschland!
- Für den Vorstand des Reichsbauernbundes:
Richard Schreiber Richard Kramer
Landwirt i. Grottenhof (Sa.) Landwirt i. Wilmstam (Brandenburg)
1. Vorsitzender 2. Vorsitzender

Brüning-Schiele-Dietrich gegen die wertfälligen Bauern!

Anlassereder unseres Bundesvorstandsmitglied des Bauh in der Reichstags-
tagung vom 25. Juni 1930 laut amtl. in dem Stenogramm * der
183. Sitzung

Es gibt keine gleiche Not der Großgrundbesitzer, der wertfälligen Bauern und Landarbeiter!

In die Spitze seiner Ausführungen über seinen Etat hat der Land-
wirtschapspräsident Schiele in seiner Eigenschaft als Minister die Worte gestellt,
die nachdenkenden und berechnenden Lesenden, unter denen er arbeiten würde,
sein die Lösung: „Besehung der Not der Landwirtschaft.“
Der Minister hat wie im Ausschuss und wie bei jeder Gelegenheits so auch
in dieser Etatsrede wiederum die Beschränkung aufrechtzuerhalten versucht,
dass es tatsächlich eine gleichmäßig verteilte Not in den verschiedenen
Schichten der Landwirtschaft gäbe. Demgegenüber ist es unsere Aufgabe,
auch heute wieder darauf zu verweisen, dass es eine gleiche Not in der
Landwirtschaft überhaupt nicht geben kann, weil sich die Schichten inner-
halb der Landwirtschaft notwendigerweise in der schärfsten Weise gegen-
überliegen.

Es gibt Großagrarien, und es gibt wertfällige Bauern und Land-
arbeiter, und es ist ein Holz, wenn man die Glendelage der wert-
fälligen Bauern und der Landarbeiter mit dem Zustehen der Groß-
agrarien immer wieder auf eine Stufe zu stellen wagt.

Der Reichs-Bauernbund protestiert gegen das Agrarprogramm Brüning-Schiele

Den Fraktionen des Reichstages ist die Abschrift eines Briefes des
Reichs-Bauernbundes an den Reichstanzler Brüning
und an den Ernährungs- und Landwirtschafts-
minister Schiele zugegangen, der sich gegen das Agrarprogramm
wendet, das der Minister Schiele im April dem Reichstag vorgelegt hat
und das hier beschlossen worden ist. Es verlohnt sich, aus diesem Briefe
des Reichs-Bauernbundes, der Reichtumende wertfälliger Bauern vertritt,
einige Stellen im Wortlaut zu zitieren. In diesem Schreiben wendet sich
der Vorstand des Reichs-Bauernbundes gegen die zuletzt beschlossenen
Agrarmaßnahmen, die der Landwirtschaftspräsident Schiele in
Fortführung der Maßnahmen, die das Kabinett Minister
einleitete, getroffen hat. Er schreibt:

„Der erweiterte Vorstand des Reichs-Bauernbundes legt
schärfsten Protest gegen die im Gesetz festgelegten Maßnahmen ein, weil
unserer Lebensgrundlage nach dadurch die Lage von Millionen
klein- und mittelbäuerlicher Betriebe erneut auf
schwerste gefährdet wird. Wir weisen darauf hin, dass in
dem Gesetz die besonderen Forderungen der landarmen Kleinbauern
und der nachgeborenen Bauernhöfe nach Land völlig außer acht ge-
lassen worden sind. Nach wie vor sind diese Kreise der
Wahlkraft der Wertschöpfung preisgegeben. Ja,

* Die stenographischen Berichte des Reichstages sind durch den Verlag der
Reichsdruckerei, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 106, zu beziehen.

die neuen Gesetze gehen sogar dem Großgrundbesitzer sowohl wie dem
privaten, staatlichen, städtischen und kirchlichen Güterverwaltern eine
willkommene Handhabe, die Wertschöpfung weiter zu steigern.“

Der Minister, wofür hier die Gleichheit der Inter-
essen, wenn der Großgrundbesitzer, dem Sie jetzt mit
Ihren Maßnahmen wieder auf die Beine helfen,
diese Stärkung seiner Position dazu benutzt, den
Kleinbauern wuchernde Wertschöpfung zu billigen,
sich weiter auszubehaupten und auf seinen Knochen
weitere Projekte zu schinden? In dem Schreiben des Reichs-
Bauernbundes heißt es weiter:

„Desgleichen wird der Großgrundbesitzer gestützt und dadurch die
Beschaffung von Siedlungsland, insbesondere für die
nachgeborenen Bauernhöfe, die bei den heutigen wirtschaftlichen Ver-
hältnissen seine Arbeit in der Industrie finden, durch hohe Kaufver-
ordnungen fast zur Unmöglichkeit gemacht. Der größte Teil der beschlun-
genen Maßnahmen liegt ausschließlich in der Richtung der Erhöhung der
Zölle und der Erweiterung des Einfuhrzollsystems. Wiederum sind
es Millionen Kleinbäuerliche Betriebe, die hier von aufs schwerste be-
troffen werden. Sind es doch 77 Prozent aller landwirtschaftlichen
Betriebe, die nur bis 5 Hektar Land bewirtschaften. (Dort hört bei
den Kommunisten.) Diese Betriebe sind zum großen
Teil auf den Verkauf von Brotgetreide angewiesen;
sie empfinden die Verteuerung des Roggens ge-
nau wie die übrigen Verbraucher als eine neue
Belastung. Auch die etwa 18 Prozent der mittelbäuerlichen Be-
triebe zwischen 5 bis 20 Hektar bringen nur im geringsten Umfang
Brotgetreide auf den Markt. Ihre Produktion wird im Brotgetreide-
betrieb verbracht. Acker- und Kleinbetriebe, aber
auch die mittelbäuerlichen Betriebe sind auf das
schwerste getroffen durch die Verteuerung der
Futtermittel, auf deren Verkauf sie angewiesen
sind. Ein Zoll von 12 Mark auf den Doppelhectar Getreide, verbunden
mit den Maßnahmen, die durch das Monopol geschaffen werden,
schädigen Hunderttausende dieser Betriebe aufs schwerste, indem sie die
Erzeugung von Volkserzeugnissen, die Schweine-
haltung und die Mähmachhaltung unrentabel machen.“

Genau die gleiche Kritik, die in diesem Briefe des Reichs-Bauernbundes
an den Maßnahmen des Großagrariens Schiele geübt wird, haben
wie Kommunisten schon bei den verschiedensten Gelegenheiten ebenfalls
geübt. Ich verweise auf das Material, das ich schon in früheren Jahren
vorgelegt habe und das ich jetzt nicht noch einmal vorbringen will. Es
betrifft die Verteilung des landwirtschaftlichen genutzten
Bodens und die Verteilung des Wertes der landwirtschaftlichen Pro-
duktion in Deutschland. Ich habe entsprechendes Material auf dem Tisch
des Hauses niedergelegt.“

Sticht man sich das Schreiben des Reichs-Bauernbundes an den Reichs-
tanzler Brüning und Herrn Schiele, der nicht nur Landwirtschaftsminister,
sondern auch Ernährungsminister sein sollte (Harun von den Kommunisten;
Unterernährungsminister), in Wirtschaftlichkeit über der Unterernährungs-
minister ist, weiter an, so ergibt sich, dass ein Teil der wertfälligen Bauern-

*) Siehe Umschlagen 2 und 3!

schaft schon die Notwendigkeit der engen Verbundenheit mit den Millionen der Arbeiter in den Städten und den sonstigen Werkstätten erkannt hat, die vom Großkapital genau so ausbeutet und unterdrückt werden wie der wertfähige Bauer selbst. In dem Schreibe des Reichs-Bauernbundes heißt es nämlich weiter:

„Alle beschlossenen Maßnahmen sind auch bedungen nicht im Interesse der Millionen Klein- und mittelbäuerlicher Betriebe gelegen, weil sie sich gleichfalls gegen die Millionen der arbeitenden Bevölkerung (sowohl der Arbeiterklasse als auch der Angestellten, unteren Beamten und Kleinrentnerkreisen) richten. Diese Kreise sind bei den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen genau wie die arbeitenden Bauern kaum in der Lage, eine menschenwürdige Existenz zu führen. Die Maßnahmen der Regierung, die von dieser als im Interesse der gesamten Landwirtschaft gelegen angesehen werden, jedoch nur Großbauern und Großgrundbesitzern nützen, treffen die genannten Kreise in ihrer Lebenshaltung aufs schwerste und schaffen dadurch aufs neue Mißtrauen zwischen Stadt und Land.“

Nichtlich mit Mühe wird hier neuer Vertrieben zwischen den Arbeitigen der Stadt und des Landes geschaffen. Die kapitalistische Herrschaft kann es nicht vertragen, daß sich die gesamte wertfähige Bevölkerung im Kampfe gegen dieses System zusammensindet. Sie benutzt jedes Mittel, einen Teil zwischen die Wertfähigen in Stadt und Land zu treiben. So sind auch diese Maßnahmen, die in dem Agrarprogramm des Herrn Schiele und der Brüning-Regierung vorgelesen werden, ein neues Mittel, diese beiden Schichten der Wertfähigen zu trennen. (Sehr wohl! bei den Kommunisten.)

In dem Schreibe heißt es weiter:

„Wir erklären ausdrücklich, daß wir uns eine Verbesserung unserer Lage nicht denken können, indem man die Kaufkraft der Millionen Arbeiter, Angestellten u. s. w. erneut schwächt und dadurch den Absatz anderer Produkte, wie Milch, Eier, Fleisch, Obst, Gemüse, noch schwächer gestaltet. Wir erklären auch an dieser Stelle unsere enge Verbundenheit mit der wertfähigen Bevölkerung und schließen uns deren Protest gegen die verletzten und schädlichen Maßnahmen der Reichsregierung und des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft an.“

Wir Recht wird hier betont, daß es keine Förderung der Landwirtschaft bedeutet, wenn die Regierung heute in der nordwestdeutschen und überhaupt der gesamten Industrie Vorzüge auf Lohnabbau macht. Es ist erfreulich, daß es innerhalb der Bauernschaft eine Organisation gibt, die bereit ist diese Forderungen geltend zu machen: es darf kein Organisationsarbeitern der Wertfähigen in Stadt und Land geben.

Billige Kredite für den Großgrundbesitz — Wucherzinsen für die Kleinbauern!

Zu der „Gleichheit der Interessen“, wie der Landbaupräsident Schiele sie versteht, ist gestern wieder viel Material am Tageslicht gekommen durch einen kleinen Streit, den die kapitalistischen Parteien untereinander ausgetragen haben. Herr Derg, der Landbaufreund, hat den Demokraten

Rönneburg angegriffen. Da hat der Demokrat Rönneburg voller Berger sehr viel Material aus seiner Kastenlade herausgeholt, die er als Staatskommissar für Ostpreußen trägt. Durch diesen hübschen Streit der kapitalistischen Parteien wird wiederum bestätigt, was wir schon viele Male behauptet haben, daß nämlich alle Maßnahmen, besonders die der Kreditverteilung, ausschließlich im Interesse der Großgrundbesitzer und Großbauern getroffen worden sind.

Da war beispielsweise die Rede von der Verteilung von 80 Millionen Krediten in Ostpreußen. Wie wurden diese 80 Millionen verteilt? Von den Großgrundbesitzern hat jeder dritte, und von den Kleinbetriebern jeder 47. einen Kredit bekommen. Es gibt dort 3000 Großbetriebe und 140 000 Kleinbetriebe. Trotzdem haben nach den Aufzählungen des Herrn Rönneburg die Großbetriebe drei Viertel aller Kredite und die Kleinbetriebe nur ein Viertel aller Kredite bekommen.

Herr Rönneburg hat uns auch etwas über die Verteilung des Betriebsmittelfonds erzählt. Er unterschreibt ja nicht gern zwischen Kleinbauern und Großbauern. Daher nimmt er Klein- und Großbauernbetriebe bis 400 Morgen zusammen. Von diesen haben nun ganze drei Prozent etwas bekommen, während von den Großbetriebern mit über 400 Morgen 46 Prozent, also nahezu die Hälfte, Betriebsmittelausrüstung erhalten haben!

Der Minister selbst hat lechzend, gezwungen durch unsere Anträge, dem Ansich das Material über die Verteilung der Goldbonusanleihe kredite vortragen müssen, die verhältnismäßig weitaus billiger waren als die Götter, die feinergeteilt von den kleinen Landwirten haben aufgenommen werden müssen. Wie sieht es damit aus? Die beinahe zwei Millionen Betriebe der kleineren und mittleren Bauern von 5 Hektar bis 20 Hektar haben von diesem 100-Millionen-Kredit der Goldbonusanleihe ganze 17 Prozent bekommen, während die 18 000 Großbetriebe mit über 100 Hektar 55 Prozent bekommen haben! Die Großbauern haben 88 Prozent bekommen. Also vier Prozent aller Betriebe in Deutschland, die den Großbauern und Großgrundbesitzern gehören, haben 80 Prozent aller Kredite der billigen Goldanleihe geschluckt.

Herr Rönneburg hat gestern auch noch einige interessante Mitteilungen darüber gemacht, in welcher Weise die Landbaufründe des Herrn Schiele in den verschiedenen Ausschüssen, in den Landvolksausschüssen und in den Weltausschüssen der landwirtschaftlichen Organisationen, in den Darlehnsstellen usw. für die Versorgung der Großgrundbesitzer mit Kredit sorgen, in welcher Weise sie die Verteilung vornehmen. Die Unterlagen werden sehr sorgfältig geprüft, wenn es sich um wertfähige Bauern handelt. Bei ihnen wird meistens festgestellt, daß sie nicht kreditfähig und nicht kreditwürdig sind. Bei den Großgrundbesitzern aber wird gar nicht erst lange geprüft, sondern sie bekommen durchschnittlich jeder zweite oder dritte Antragsteller seinen Kredit zugeteilt. Jetzt ist ein Hauch hell der Verteilung dieser Kredite vortorgetragen, und es hat sich herausgestellt, wie leichtfertig diese Verteilung war. Herr Rönneburg hat uns erzählt, daß der Kleinbesitz die Parteien nämlich bezahlt habe, während der Großbesitz die Zinszahlung eingestellt und die Rente angemeldet habe. Hier sind also wiederum die Steuergrößen der Wertfähigen in dem unerfährlichen Raube der Großgrundbesitzer verschwunden.

Die ungerechte Steuerverteilung

Wir haben in dem gangen Material, das uns Herr Könneberg vorgebracht hat, eine Bestätigung dessen gefunden, was wir schon immer gesagt haben, und worin es unzählige Beispiele gibt. Ich möchte einige wenige Zahlen aus dem Steuergesetz anführen, weil in den Steuerzuschüssen bestimmamter ebenfalls die Führer des Reichsländbundes und die Freunde des Großgüterministers Schiele sind und die Rahmenätze für die Steuern maßgebend beeinflussen. Nach dem Reichssteuerungsgesetz von 1925 wurden Rahmenätze für die Grundsteuer festgelegt. Wie sieht diese Verteilung aus? Als Steuerwert eines Hektars bei einem Besitz bis zu 5 Hektar wird der Wert von 2004 Mark für angebracht erachtet,

von 5 bis 20 Hektar ein Wert von 1239 Mark,
von 20 bis 50 Hektar ein Wert von 1075 Mark,
von 50 bis 100 Hektar ein Wert von 994 Mark,
von 100 bis 1000 Hektar ein Wert von 931 Mark.

Bei Latifundienbesitzern mit über 1000 Hektar gilt aber nur noch ein Wert von 665 Reichsmark je Hektar für angemessen! (Hört! Hört! bei den Kommunisten!) Also je größer der Besitz, desto weniger Wert hat er und desto geringer ist die Steuer, die nach dem Willen der Landundervertrauensleute und der sonstigen großgüterlichen Führer zu zahlen ist. Und warum? Weil natürlich die Kapitalisten stets im Interesse ihrer Klasse die Steuerlast festsetzen und stets bereit sind, alle Lasten auf die Schultern der Werttätigen abzuwälzen, die sich nicht wehren können und denen sie durch betrügerische Maßnahmen die Mitwirkung in den Steuerausgeschüssen vorenthalten und sie auf diese Weise belügen und betragen können. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wem nützt das Reichsmilchgesetz und das Handelsklassengesetz?

Auch die vorliegenden Gesetze, das Reichsmilchgesetz und das angeänderte Standardisierungsgesetz, werden sich aus den gleichen Gründen wieder gegen die werttätige Bauernschaft auswirken. Ich kann mit Rücksicht auf das Reichsmilchgesetz nicht ausführlicher eingehen. Aber ich stelle die Frage: wer wird denn die Mittel haben, um Musterfälle einzurichten, wer wird denn die Mittel in die Hände bekommen, um Mustertrieb, um Verbuchsbüchlein anzufertigen? Nicht die Millionen der Kleinbauern mit ihren zerfallenen, löchlichen Ställen bekommen die Gelder, die sie am notwendigsten brauchen, sondern diejenigen, die das größte Mundwerk haben, um nach diesen Geldern zu streifen, die die längsten Finger haben und das Rechen am besten verstehen.

Auch das Genossenschaftswesen im kapitalistischen Staat wirkt sich gegen die werttätigen Bauern aus

Bleibt nicht minder einzuwenden, daß die genossenschaftliche Zusammenfassung der Kleinbauern da eine Abhilfe schaffen

könnte. Was es mit dieser Zusammenfassung zu Genossenschaften im kapitalistischen Staat auf sich hat, haben zur Genüge die Zusammenbrüche der Genossenschaften unter großgüterlicher Führung in den letzten Jahren erwiesen. Die 60-Millionen-Verluste, die jetzt erst aus öffentlichen Mitteln beim Raiffeisen-Scandal gedeckt werden sind, die Millionenverluste der Landundgenossenschaften haben den Bauern eine Lehre gegeben, daß Genossenschaften im kapitalistischen Staat unter der Führung der Junker, der Barone und der Großhändler sich stets zum Verfall und zum Scheitern an ihren eigenen Interessen ausrichten. So werden sich also die Maßnahmen, die auch durch die neuen Gesetze, durch das Reichsmilchgesetz, durch das angeänderte Standardisierungsgesetz, getroffen werden, dahin auswirken, daß die Waren des Kleinbauern durch die Markenware der Großbauern und Großgüterler vom Markte verdrängt werden, und daß der Kleinbauer seine Ware weiterhin zu Schleuderpreisen absetzen muß.

Die landwirtschaftlichen Maschinen erhöhen die Rente der Großgrundbesitzer

Wohin die Reize in der Landwirtschaft geht, das zeigt deutlich die große Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin. Da landen die Maschinen, die nur auf den allergrößten Gütern nutzbar gemacht werden und arbeiten können. Da stehen die Mährescher, die in einem Zug mähen, dreschen und binden. Da stehen die Traktoren, die großen Dreifeldmaschinen, die großen Saatreinigungsanlagen, kurz und gut, es sind alles solche Anlagen, die für den kleinen und Mittelbauern nicht auszunutzen sind, nicht nur des Geldes wegen, sondern auch weil der Boden, auf dem diese Maschinen, z. B. Mährescher und Traktoren, arbeiten müssen, den Kleinbauern und Mittelbauern gar nicht zur Verfügung steht. Sie können gar nicht daran denken, ihren Boden so rationell wie der Großgrundbesitz zu bearbeiten.

Im „Reichsländbund“ vom 10. Mai sind einige Angaben darüber veröffentlicht worden, in welcher Weise durch diese rationellere Bearbeitung mit Maschinen der Großgrundbesitz einen Vorprung gegenüber dem Bauernbesitz hat. Den Bauernbesitz ermitteln aus Bayern, die dort sitzen, möchte ich sagen, daß zum Beispiel nach der Mittelung des Deutschen Landwirtschaftsrates im Heft 18 „Die Verwertung der deutschen Getreibeernte“ zu sehen ist, daß der Bauernbetrieb in Bayern bei den Mittelbauern zwischen 5 bis 20 Hektar Nutzfläche auf 20 Hektar durchschnittlich nur 15,5 Doppelcentner gemietet werden, während der bauerliche Großgrundbesitz auf den Hektar 22,5 Doppelcentner erntet. Das sind Angaben, die nicht nur uns gemacht werden, sondern die von Ihren Wissenschaftlern veröffentlicht werden. Das bedeutet also, daß pro Hektar der Bauernbetrieb mit fast 7 Doppelcentnern gegenüber dem Großbetrieb im Rückstand ist. Kleinliche Zahlen werden für Strohpreisen und für die übrigen Wirtschaftsgebiete genannt. In Ostpreußen ist das Ertragsverhältnis des Bauernbesitzes zum Großbesitz 15,1 Doppelcentner zu 15,7 Doppelcentner, in Schlesien 17,3 zu 20,6, in Nordb. 18,5 zu 19,7. Weñlich läßt auch die anderen Zahlen, die ich der Kürze der Zeit wegen nicht alle verlesen kann.

Überall zeigt sich, daß die bessere Bearbeitung durch die Maschinen, die dem werttätigen Bauern nicht zur Verfügung stehen können, bewirkt, daß der Boden in einer ganz anderen Weise ausgenutzt und fruchtbarer gemacht werden kann. Aber alle diese Dinge sind dem werttätigen Bauern nicht

gügnlich. Hoffstetend gingen die Bauern durch die Stände in den Reichstagen, und sie sagten: „Das sind alles schöne Dinge, aber wie können wir diese Dinge haben? Für und sind sie nicht brauchbar.“

Nur die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft bringt den wertvollen Bauern und Landarbeitern den Ausweg aus der Agrarkrise

Es gibt schon eine Möglichkeit. Aber diese Möglichkeit ist zu gefährlich für Sie. Sie machen dem Bauern Angst davor. Das ist die sozialistische Benutzung in Produktionsgenossenschaften in sozialistischen Wirtschaften. Das ist die einzige Möglichkeit für die Millionen gepflanzter Kleinbauern, diese großen Maschinen für sich nutzbar zu machen! (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Aber Voraussetzung dazu ist, wie ich schon sagte, der sozialistische Staat, nicht der Staat der Kapitalisten. Der Staat der Kapitalisten baut die Maschinen für seine Junker, für seine Großbauern. Er hat kein Interesse daran, daß die 77 Prozent Kleinbauern und Mittelbauern in den Genuß dieser Maschinen kommen.

Sie spotten über das Kollektivwirtschaftswesen in der Sowjetunion. Sie beziehen ihre Weisheit aus den Winterrichtern. Aber bemühen Sie sich doch einmal, Ihre wissenschaftlichen Probesten darüber zu hören. Sehen Sie sich doch einmal an, was das Reichs-Landwirtschaftsministerium in den Berichten über Landwirtschaft Heft 3 über die Kollektivwirtschaften der Sowjetunion mitgeteilt hat. Sehen Sie sich an, mit welcher Angst der Berichtsherausgeber Dr. Schiller an die Spitze seiner Ausführungen stellt, daß der Verlust, der in der Sowjetunion gemacht wird, leider nicht zum Schelten beurteilt sein muß. Sie müssen diese Angaben ansehen, die dort gemacht werden. Sie müssen sich nicht nur auf demagogische und zur Furchterregung der Bauern bestimmte Artikel beschränken. Sehen Sie sich an, was nicht nur wir sagen, sondern was Ihre Probesten drüber gelesen haben, und spüren Sie die Angst, die zwischen den Zeilen steht. Die Bauernschaft wird erkennen — das ist Ihre Angst — daß der sozialistische Weg der Landwirtschaft, das Ergebnis der Arbeitertätigkeit der Bauernschaft, der einzige Ausweg aus Verelendung, Zusammenbruch und vollkommenem Untergang ist. Der Fünfjahresplan trägt bei zum Untergang der kapitalistischen Welt. Die getriebenen Maschinen in Stadt und Land werden diesen grandiosen Aufbau immer mehr erkennen und bewundern lernen; sein Fortschritt ist ihnen Ansporn zum Kampfe gegen die Herrschaft des Kapitals im eigenen Land.

Was ist es für ein Widerspruch, wenn auf der landwirtschaftlichen Ausstellung in Köln im Dom und in den feierlichen Bauernversammlungen eine Hege gegen die angeblichen Verfolgungen und Unterdrückungen der Bauernschaft in der Sowjetunion, gegen die Verelendung der Bauern in Rußland gemacht wird, und wenn die Bauern dann durch die Stände der Maschinen auf der D. O. S.-Ausstellung gehen und sehen, daß große Stände der Maschinenindustrie überhaupt nur Modelle zeigen, die für die angeblich vertriebene russische Landwirtschaft gebaut werden? (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Man findet aber Maschinen, die die jüdischen und fremden Namen tragen: „Koldofo“

und „Olgan“. Da ist ein großes Modell einer Fabrik für Seilzweigungsanlagen. Das Modell heißt Kolchoz, zu deutsch: Kollektivwirtschaft. Denn dieses Modell ist ausschließlich gebaut für den Bedarf der Millionen Kollektivwirtschaftler der Sowjetunion. Tausende deutscher Arbeiter arbeiten an der Herstellung dieser Maschinen, die von der angeblich vollkommen vertriebenen Landwirtschaft der Sowjetunion bestellt werden.

Ja, sehen Sie denn diesen Widerspruch nicht? Glauben Sie, daß die Bauern, denen man in ihren Verclammlungen immer das Märchen erzählt hat, in Rußland müßten die Leute hungern, alles sei zerstört und liege darnieder, nicht zum Nachdenken gebracht werden, wenn sie nun auf der Köhner landwirtschaftlichen Ausstellung plötzlich grobartige und technisch vollkommene Maschinen sehen, von denen in den Propagandaheft, daß von einem einzigen Modell 5000 Stück in der Sowjetunion geliefert worden sind? (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Glauben Sie nicht, daß die Bauern angeblich dieser Tatsachen lügen werden: Ja, zum Donnerwetter, wenn in der Sowjetunion die Bauern verarmt sind, wer kauft denn diese großartigen Maschinen? Wo kommen diese Maschinen hin? Werden die Holz- und Eisenleiste etwa verschluckt? (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Sie streifen sich mit Ihren eigenen Anstellungen Lügen. Denn die Bauern wissen aus Erfahrung, daß sie die großen wichtigen landwirtschaftlichen Maschinen nicht mehr sich anschaffen können, daß die deutsche Landwirtschaft dafür nicht mehr aufnahmefähig ist, während die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion die Hauptauftraggeber für deutsche landwirtschaftliche Maschinen sind.

Wie jämmerlich sind dagegen die Mittelchen, wie lächerlich sind die Geselchens und Maßnahmen, mit denen man hier in Deutschland der Agrarkrise Herr zu werden sucht! Diese kleinen Mittelchen lassen sich nicht entfernt mit dem grandiosen, in die Höhe steigenden und in der Weltgeschichte noch nie dagewesenen Fünfjahresplan vergleichen, der die Umgestaltung der russischen Wirtschaft bringen wird. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Im folgenden Teil seiner Rede geht Bundesfreund Bus auf das D. H. G. Gesetz ein, das die Regierung vorgeschlagen hat. Er setzt zuerst auf, daß die Zentrumstration laut Vorlage einer Anfrage über die Not im Osten sich mit der Gehegsvorsorge ihrer Zentrumminister offenbar noch gar nicht befaßt hat. An Beispielen aus der allerjüngsten Zeit weist Freund Bus dann nach, daß es geradezu eine Verhöhnung der Kleinbauern ist, wenn man ihnen neue Verträge mit Siedlungsverpflichtungen macht. Auch die neuen Kreditaktionen und der Vollstreckungsdienst sind ausschließlich nur für die Sanierungsfähigen und kreditwürdigen Großbauern und Junker gestellt festgelegt. Den Bauerlichen Aggen (Schulden) habe man bei den Entwürfen der Kommunisten beim Vollstreckungsdienst verweigert, weil der Kreditmarkt erstarrt würde. Das ganze D. H. G. Gesetz sei nur zu offenkundig eine neue Kleinunterstützungsaktion für die Junker und Großbauern zu Lasten der wertvollen Bevölkerung in Stadt und Land. Bundesfreund Bus schloß seine Ausführungen dann mit folgenden Worten:

Nur das Kampfbündnis der Arbeiter und werttätigen Bauern führt zum Sieg!

Alle Maßnahmen, die der Landbunndemokrat trifft und die durch die Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten gestiftet werden, richten sich gegen die Milionen der Werttätigen. Ich habe vorhin schon den Ausweg gezeigt. Dieser Ausweg besteht darin, daß die werttätigen Bauernschaft infolge der Zusätzungen auch dieses Gesetzes immer mehr das Ziel erkennen wird, das die im Reichsbauernbund zusammengeschlossenen Bauern schon heute erkennen, das Ziel eines engen Bündnisses mit den vom Großkapital, von den Großagrariern, von der Großindustrie und den Banken ebenso ausgebeuteten werttätigen Schichten in den Städten, vor allem mit der revolutionären Industriearbeiter-schaft. Die werttätigen Bauern werden erkennen, daß es in ihrem Interesse liegt, wenn die Arbeiter gegen die Lohnsenkungskämpfe sie werden erkennen, daß es in ihrem Interesse liegt, wenn die Arbeiter um Verbesserung ihrer sozialen Lage kämpfen. Sie werden erkennen, daß es notwendig ist für die Angeketteten, sich gegen das Notopfer für die unteren Beamten, sich gegen den Abbau der Gehälter zu wehren. Sie werden erkennen, daß es für sie keine Förderung bedeutet, wenn sich die Bourgeoisie jetzt auf die breiten Schichten der Werttätigen stützt, um ihnen ihre Lebensbasis, ihre Existenzmöglichkeit weiter zu verengen, weil dadurch auch der Absatzmarkt für die bäuerlichen Produkte verengt wird; daß man nicht durch solche kleinen Mittel und Maßnahmen vorankommt, wie sie diese Siehehau-mannsregierung des Brüning oder die vorhergehende Regierung des Hermann Müller vorge schlagen und durchgeführt hat und durchzuführen wird. Sie werden als den einzig richtigen Weg den planmäßigen Aufstieg der sozialistischen Wirtschaft, die Umwandlung der Landwirtschaft durch den Ausbau der Kollektivwirtschaften erkennen, der aber nur in einem sozialistischen Staat, in einem Sozialismus möglich ist, der durch gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Bauern im Kampf gegen die Bourgeoisie errichtet werden muß.

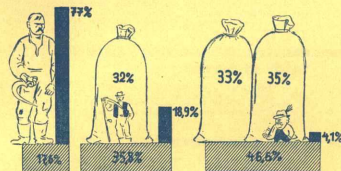
Die Adresse des Reichsbauernbundes ist: Reichsbauernbund (Hauptgeschäftsstelle) Berlin W 56, Postauer Straße 37, Ghs. 1 Zr.

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin. / Verantwortlich für Inhalt und Verlag: Paul Hedet. / Druck: „Neudruck“, Billale Dresden.

Wem kommt die Getreideschutz-zollpolitik der Regierung zugute?

Weder den hohen Jollen für alle Getreidearten haben die Regierungen Hermann Müller-Brüning und Brüning-Schuler eine große Zahl getreideberechtigter Maßnahmen und difikatorischer Anordnungen zur künstlichen Erhaltung der Getreidepreise getroffen — statt gegen die wucherliche Ausbeutung der werttätigen Bauern durch Industrie, Handels-, Bank- und Großagrarierkapital vorzugehen, die den Bauern um den Lohn für keine Arbeit prellen. Das Schlimme der Ausfuhrprämien für Lebensmittel ins Ausland, das Brotgetreide, das Getreide über den Beirahlungszwang, die Konfiszierung von Roggen, den Verkauf des Roggens durch die Regierung aus allgemeinen Steuermitteln, das Maismonopol usw. gehören zur Getreideschutzpolitik der Regierung.

Wie sind nun die einzelnen Betriebsgrößen an der Belieferung des Marktes mit Getreide beteiligt?



77 Prozent aller Betriebe (Kleinbetriebe unter 20 Morgen) besitzen 17,6 Prozent des Bodens und liefern 32 Prozent des Getreides auf dem Markt.
33 Prozent aller Betriebe (Mittelbetriebe von 20 bis 50 Morgen) besitzen 35,3 Prozent des Bodens und liefern 32 Prozent des Marktgetreides.
4,1 Prozent aller Betriebe (Großbetriebe und Großbetriebe) besitzen 46,6 Prozent des Bodens und liefern 68 Prozent des Marktgetreides.

Das Schaubild zeigt, daß 77 Prozent aller Betriebe (Kleinbetriebe unter 20 Morgen) an dieser Politik gar kein Interesse haben, ja, vielsach geschädigt werden, weil sie Brotgetreide und Futtermittel zuzuführen müssen. Auch die mittelbäuerlichen Betriebe haben nur ein beschränktes Interesse, weil ihr Anteil an der Marktbelieferung sich auf eine sehr große Anzahl von Betrieben (nahezu eine Million!) verteilt und nur 32 Prozent des Marktgetreides von ihnen geliefert wird, während sie gleichzeitig vielsach Zuführer von Futtermitteln sind. Dagegen liefern die etwa 250.000 Großbauern und Großgrundbesitzerbetriebe 68 Prozent aller Marktgetreides. Sie sind also die wahren Nutznießer aller Getreideschutzmaßnahmen der Regierungen.

Werttätige Bauern! Heraus also aus der „Grünen Front“ der Junker und Großbauern! Schließt das Kampfbündnis mit dem werttätigen Stadtpöbel gegen alle Kapitalisten!

Brotschüren für die werttätige Landbevölkerung!

Die Forderungen der Grünen Front vor dem Reichstag

Herausgegeben von der kommunikativen Reichstagsaktion

Die Vertreter der Grünen Front behaupten, daß durch sie die Wünsche aller Landwirte berücksichtigt würden, also sowohl der Großgrundbesitzer als auch der Kleinbauern. Die Leitungsstelle dieser Behauptung bedeutet die kommunikativen Reichstagsaktion an Hand von Schlußwörtern über die Herstellung des landwirtschaftlich genutzten Bodens und über den Wert der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland. Durch Abrufen des amtlichen Stimmzettels der Massenaktion ihres Sprechers mit den Vertretern der Grünen Front im Reichstag und durch Vorlage einer Reihe von bäuerlichen Vorschlägen, die von ihr eingekredet wurden, zeigt sie, daß nur die Kommunale für die werttätige Bauernschaft eingeleitet haben.

Bug: Der Bauer mit dem Traktor

Kollektivwirtschaften und Maschinelle in der Sowjetunion

Die Sozialisten läßt es nur vernünftigen, wenn zunächst mit der Entlastung der sozialistischen Industrie die Entlastung einer sozialistischen Landwirtschaft vor sich geht. Die Broschüre gibt ein klares Bild über diese Entlastung der neuen Ära, deren Symbol der Bauer mit dem Traktor ist.

Bauer Siebrecht wandert zurück nach Sibirien

Die Broschüre zeigt die Ursachen der Auswanderung russischer Bauern aus ihrer Heimat und die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Eine dieser Bauern, der inwieweit in seine Heimat zurückgekehrt ist, schildert ausführlich, was Leben in seinem Heimatort und die Enttäuschungen, die die Auswanderer in Deutschland erleben.

Was ist der Fünfjahrplan?

In dieser Broschüre ist in lebendigen Bildern der allgemeine Kampf des Bauers russischer Kollektivisten um die Verwirklichung des Sozialismus beschrieben. Die ersten Erfolge sind schon sichtbar. Eine mächtige Industrie wird aufgebaut, Strahlende soziale Einrichtungen werden geschaffen, der Siebenhundestag und die Fünfjahrpläne durchgeführt.

Jede Broschüre 10 Seiten 10 Pfennig.

Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin G 25

Lesen und verbreiten die Neue Deutsche Bauernzeitung

In dieser Zeitung wird Stellung genommen zu allen Fragen, die die werttätigen Bauern interessieren können. Die Hintergründe der Regierungsmassnahmen werden kompromisslos aufgezeigt und ein unermüdlicher Kampf gegen jeden Volksfeind geführt. Erfolgt einmal monatlich. Abonnementpreis jährlich 1,50 Mark durch jedes Postamt oder direkt vom

Verlag Neues Dorf, Berlin W 50

Hallerer Straße 37, Gartenhaus, I.